

## Protokoll

Gremium: Straßenbauausschuss

---

Sitzungsdatum: Mittwoch, den 16.08.2017  
Beginn: 16:00 Uhr  
Ende: 18:08 Uhr  
Sitzungsort: Kreishaus Westerstede, Sitzungssaal

### Anwesend:

#### Vorsitzende/r

Frau Susanne Lamers

#### Mitglieder

Herr Knut Bekaun

Herr Hartmut Bruns

Frau Heidi Exner

Herr Axel Hohnholz

Herr Heino Hots

Frau Manuela Imkeit

Herr Rüdiger Kramer

Herr Hermann Nee

Herr Eckhard Roese

Herr Harald Schmidt

Herr Andreas Stadlik

Vertretung für KA Kahle

bis 17:55 Uhr

bis 17:20 Uhr

#### von der Verwaltung

Herr Landrat Jörg Bensberg

Herr Erster Kreisrat Thomas Kappelmann

Frau Ingrid Meiners

#### Protokollführer

Frau Annemarie Schröder

#### Gäste

Herr Joachim Delfs

Herr Eckhard Georg

Herr Gerno Kuhlmann

Herr Klaus Schmidt

### Abwesend:

#### Mitglieder

Herr Jan Hullmann

Herr Bernd Janßen

Herr Gerold Kahle

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- 3 Feststellung der Tagesordnung
- 4 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Straßenbauausschusses am 22.02.2017
- 5 Einwohnerfragestunde
- 6 Bericht über den Stand der Baumaßnahmen  
Vorlage: MV/116/2017
- 7 Neubau eines Kreisverkehrsplatzes an der Kreuzung der K 137 und der K 348 in Bad Zwischenahn-Wehnen  
Vorlage: BV/237/2017
- 8 Umbau Bahnübergang an der K 135 in Rastede-Neusüdende  
Vorlage: BV/239/2017
- 9 Neubau und Ersatzbau von Radwegen an Kreisstraßen  
Vorlage: BV/240/2017
- 10 Radschnellwege; Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 16.03.2017  
Vorlage: MV/117/2017
- 11 Planung und Umsetzung von Maßnahmen an Kreisstraßen  
Vorlage: BV/241/2017
- 12 Umgestaltung Kreisverkehrsplatz Gristede  
Vorlage: BV/242/2017
- 13 Sonderprogramm Straßenmarkierungen  
Vorlage: BV/243/2017
- 14 Verschleißdecken- und Moorstraßenerneuerungsprogramm 2018  
Vorlage: BV/244/2017
- 15 Radwegeerneuerungsprogramm 2018  
Vorlage: BV/245/2017
- 16 Brückensanierungsprogramm 2018  
Vorlage: BV/249/2017
- 17 Unterhaltung und Instandsetzung von Kreisstraßen 2018  
Vorlage: BV/246/2017

- 18** Tempo 30 vor Kindergärten, Schulen ...  
Vorlage: MV/118/2017
- 19** Haushaltsplanung; Darstellung der wesentlichen Produkte  
Vorlage: MV/129/2017
- 20** Haushaltsplanung 2018 einschl. Investitionsprogramm 2018 -  
2021  
Vorlage: BV/248/2017
- 21** Mitteilungen des Landrates
- 22** Anfragen und Hinweise
- 23** Einwohnerfragestunde
- 24** Schließung der öffentlichen Sitzung

## **Öffentlicher Teil**

### **Zu TOP 1 Eröffnung der Sitzung**

Vorsitzende Lamers eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung des Straßenbauausschusses und begrüßt die Anwesenden.

Es wird darauf hingewiesen, dass der Verlauf der Sitzung auf Tonträger aufgenommen wird und diese Aufzeichnung mit Genehmigung des Protokolls wieder gelöscht wird.

### **Zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit**

Vors. Lamers stellt fest, dass die Ladung zur Sitzung ordnungsgemäß erfolgt und der Ausschuss beschlussfähig ist.

### **Zu TOP 3 Feststellung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung laut Deckblatt wird einstimmig festgestellt.

### **Zu TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Straßenbauausschusses am 22.02.2017**

Gegen die vorgenannte Niederschrift werden keine Einwendungen erhoben; sie wird einstimmig genehmigt.

### **Zu TOP 5 Einwohnerfragestunde**

Der Vorsitzende des Ortsbürgervereins Torsholt, Herr Harms, dankt den Mitarbeitern der Kreisverwaltung und der Straßenbaubehörde für die Bemühungen, den Neubau des Radweges an der Torsholter Hauptstraße und des Teilstücks des Radweges von der Ortsmitte in Torsholt bis zum Ortausgang in Richtung Mansie voranzubringen. Er fragt nach, ob der Stand der Planungen seit der Vorlage des Straßenbauausschusses Änderungen erfahren habe und ob es Probleme mit Grundstückseigentümern bei den Verhandlungen zur Abgabe von Teilstücken der Grundstücke gebe. Bei Problemen wolle er gerne helfend tätig werden.

Herr Harms geht im Weiteren auf die Wurzelaufbrüche in der Fahrbahndecke der Torsholter Hauptstraße ein und fragt nach, wann die Erneuerung der Fahrbahndecke zu erwarten sei. In den Unterlagen der heutigen Sitzung habe er diese Maßnahmen nicht finden können.

EKR Kappelmann antwortet, dass mit den Grundstückseigentümern an der geplanten Strecke für den Neubau des Radweges keine Probleme aufgetreten seien. Mit allen Grundstückseigentümern habe Einvernehmen über den Erwerb von Grundeigentum hergestellt werden können. Im Bereich des Abschnittes in der Ortschaft Torsholt bestehe noch Abstimmungsbedarf mit den Naturschutzverbänden bzgl. des in dem Bereich liegenden Biotops.

EKR Kappelmann führt bzgl. der Wurzelaufbrüche in der Torsholter Hauptstraße aus, dass als Hinweis auf die geschädigte Fahrbahndecke Gefahrenzeichen aufgestellt worden seien. Die Sanierung der Fahrbahndecke sei nicht in den Maßnahmenkatalog für das Jahr 2018 aufgenommen worden. Es sei aber nicht ausgeschlossen, dass im Rahmen der Schadstellensanierung Ausbesserungen vorgenommen würden. Wie bereits in der letzten Sitzung des Straßenbauausschusses von Herrn Schmidt mitgeteilt, sei eine Abfräsung der Schadstellen problematisch. Die Maßnahme sei nach dem Verschleißdecken- und Erneuerungsprogramm für die Jahre 2021 und 2022 in der Planung. Eine jährliche Überprüfung dieser Einordnung werde aber stattfinden und ggf. müsse vorzeitig gehandelt werden.

b) Frau Ackermann, Vorsitzende des OBV Ihausen, führt aus, dass sie, auch stellvertretend für den OBV Hollriede, sich über den Sachstand zum Neubau des Radweges, der Sanierung der Fahrbahndecke und der Ertüchtigung des Wasserzuges an der Augustfehner Straße von Ihausen nach Hollriede informieren wolle.

**Zu TOP 6 Bericht über den Stand der Baumaßnahmen  
Vorlage: MV/116/2017**

EKR Kappelmann teilt mit, dass die Beratung zur Beseitigung des höhengleichen Bahnübergangs in der Gemeinde Rastede nicht auf der Tagesordnung stehe. Er führt aus, dass im Frühjahr die angekündigte Verkehrsuntersuchung stattgefunden habe. Ein Variantenvergleich mit abschließender Bewertung sei ebenfalls begonnen worden, habe aber noch nicht vollständig abgeschlossen werden können. Der Landkreis habe mit der Gemeinde Rastede und dem Planungsbüro IPW vereinbart, eine zusätzliche Sitzung des Straßenbauausschusses durchzuführen, weil die Maßnahmen eine sehr wesentliche verkehrliche Maßnahme für den Landkreis Ammerland und die Gemeinde Rastede darstelle. Mit der Vorsitzenden des Straßenbauausschusses sei die geplante zusätzliche Sitzung abgestimmt worden und als Termin sei der 21. September 2017 vereinbart worden. In der Sitzung würden die Ergebnisse des Variantenvergleichs und der Verkehrsuntersuchung ausführlich dargestellt werden. Die Sitzung werde voraussichtlich in der KGS Rastede stattfinden, um der Gemeinde Rastede und den Einwohnern der Gemeinde Rastede Gelegenheit zu geben, sich umfassend zu informieren. Eine entsprechende Information über die geplante zusätzliche Sitzung werde in Kürze an die Mitglieder des Straßenbauausschusses erfolgen.

KAR Meiners berichtet zum Stand der Baumaßnahmen, dass die Fahrbahn der Metjendorfer Straße von Bokelerburg bis Leuchtenburg im Frühjahr 2017 erneuert worden sei. Des Weiteren sei die Fahrbahn- und Radwegerneuerung an der K 115 von Felde nach Halsbek vorgenommen und abgeschlossen worden. An der K 105 sei der Radweg von der Ortschaft Linswege bis zur Kreisgrenze Friesland fertiggestellt worden. Am 2. September werde dort die offizielle Einweihung stattfinden.

**Zu TOP 7 Neubau eines Kreisverkehrsplatzes an der Kreuzung der K 137 und der K 348 in Bad Zwischenahn-Wehnen  
Vorlage: BV/237/2017**

EKR Kappelmann trägt den Sachverhalt ausführlich vor, bezieht sich auf die Vorlage und verweist auf die der Vorlage beigelegte Konzeptskizze. Er führt aus, dass alle in die Planung involvierten Beteiligten das Konzept positiv bewertet hätten. Er bittet um eine positive Beschlussfassung. Ziel sei, die Maßnahme im Frühjahr 2018 in das Planfeststellungsverfahren zu bringen, um die Maßnahme in 2019 durchführen zu können.

EKR Kappelmann geht im Weiteren auf die in der Vergangenheit angesprochene Einrichtung eines Kreisverkehrsplatzes an der K 134/K135 Borbecker Weg/Metjendorfer Straße in Rastede ein. Aufgrund der damaligen Verkehrszahlen und der zum damaligen Zeitpunkt aktuellen Verkehrssituation habe man von der Einrichtung eines Kreisverkehrsplatzes in dem Bereich abgesehen. Aufgrund eines erneuten schweren Verkehrsunfalls und mehrere weiterer Verkehrsunfälle in den letzten Jahren handele es sich inzwischen wohl um eine sogenannte Unfallhäufungsstelle. Die Polizei, die Straßenverkehrsbehörde, die Gemeinde und der Straßenbaulastträger würden die Situation vor Ort prüfen und mögliche – auch bauliche - Maßnahmen herausarbeiten. Dabei könne auch die Einrichtung eines Kreisverkehrsplatzes in Erwägung gezogen werden. Voraussichtlich in der nächsten Sitzung des Straßenbauausschusses im Februar 2018 könne dann über ggf. erforderliche bauliche Maßnahmen zur Entschärfung der Situation beraten werden.

KA Hohnholz führt aus, dass die Einrichtung eines Kreisverkehrsplatzes an der K 137 und der K 348 seitens der CDU-Fraktion sehr begrüßt werde. Der Straßenbauausschuss habe sich in der Sitzung am 22. Februar 2017 deutlich für einen verstärkten Ausbau von Kreisverkehrsplätzen ausgesprochen. Auch die Prognose, dass evtl. ein zweiter Kreisverkehrsplatz an der unfallträchtigen Kreuzung K134/K135 angedacht werde, sei zu begrüßen. Der Beschluss zur Einrichtung eines Kreisverkehrsplatzes sei eine positive Tendenz in die richtige Richtung.

KA Bruns führt aus, dass die FDP-Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen werde. Besonders erfreulich sei, dass die Ausfahrt der Karl-Jaspers-Klinik in den Kreisverkehr mit einbezogen werde. Er fragt nach, ob es sinnvoll sei, beide Ausfahrten der Karl-Jaspers-Klinik bestehen zu lassen. Sehr erfreulich sei auch die Ankündigung, dass evtl. ein Kreisverkehrsplatz in Borbeck in Aussicht gestellt werden könne.

EKR Kappelmann antwortet bzgl. der zweiten Ausfahrt bei der Karl-Jaspers-Klinik, dass die zweite Ausfahrt für den zu- und abfließenden Verkehr von und zur Autobahnabfahrt Neuenkrüge wichtig sei. Dadurch könnten die Verkehre auch entzerrt werden. Eine Schließung der Ausfahrt könne im Übrigen auch nur in Abstimmung mit dem Klinikbetreiber durchgeführt werden.

KA Imkeit teilt die Ausführungen von EKR Kappelmann zu den Ausfahrten der KJK nicht. Der skizzierte Verlauf des Radweges würde ihrer Ansicht nach u. a. zu gefährlichen Situationen führen. Im Grundsatz halte sie Kreisverkehrsplätze für die richtige Lösung und befürworte dies. Sie merkt an, dass auf der beigelegten Skizze nicht ersichtlich sei, wie der Radweg entlang des Geländes der KJK weitergeführt werde.

EKR Kappelmann erläutert, dass es sich bei der beigelegten Skizze um eine erste Konzeptskizze handele. Über die Radwegeführung sei ausführlich beraten worden.

Der Radweg solle, ähnlich wie bei der Bloher Landstraße, über die Zufahrt zum Gelände der KJK geführt und entlang der Hermann-Ehlers-Straße fortgeführt werden.

KA Kramer geht auf den evtl. in Aussicht gestellten Kreisverkehrsplatz in Borbeck ein. Eine Unfallhäufung sei dort zu beobachten. Auch seien Radfahrer an dieser Stelle sehr gefährdet. Er fragt nach, ob eine kurzfristige Lösung zur Entschärfung der Situation möglich sei, weil die Einrichtung eines Kreisverkehrsplatzes einige Jahre in Anspruch nehmen würde.

EKR Kappelman erläuterte, dass es sich bei den dort dokumentierten Unfällen überwiegend um KFZ-Unfälle handele. Aufgrund der dort aufgestellten Stoppschilder seien Radfahrer eigentlich gut geschützt. Für Radfahrer sei die Einrichtung eines Kreisverkehrs nachteilig, weil dieser ein außerorts liegender Kreisverkehrsplatz werde und untergeordnete Verkehrsteilnehmer wie Radfahrer und Fußgänger dann haltpflichtig seien und der KFZ-Verkehr Vorrang besitze. Mit der Straßenbaubehörde müsse geprüft werden, ob bis zu ggfs. erforderlichen baulichen Maßnahmen andere Vorkehrungen wie z. B. Markierungen oder besondere Beschilderungen etc. vorgenommen werden müssen.

Auf Nachfrage von KA Roese, ob Geschwindigkeitsbegrenzungen für die Übergangszeit möglich seien, antwortet EKR Kappelman, dass auch Geschwindigkeitsbegrenzungen durchaus eine Option seien.

Auf Nachfrage von KA Beka, ob die Einrichtung des Kreisverkehrsplatzes in Wehnen eine Auswirkung auf die sich dort befindliche Bushaltestelle haben werde, teilt EKR Kappelman mit, dass die Bushaltestelle verlegt werden müsse.

Dem Kreistag wird einstimmig vorgeschlagen:

Die Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr wird beauftragt, eine Planung für den Neubau eines Kreisverkehrsplatzes an der Einmündung der K 137 Bloher Landstraße in die K 348 Hermann-Ehlers-Straße im Ortsteil Bad Zwischenahn – Wehnen zu erstellen und das erforderliche Planfeststellungsverfahren hierfür einzuleiten.

Die erforderlichen Planungskosten in Höhe von 50.000,00 € werden außerplanmäßig im Haushaltsjahr 2017 zur Verfügung gestellt. Die Deckung erfolgt über Mehrerträge bei den Finanzausgleichsleistungen.

**Zu TOP 8    Umbau Bahnübergang an der K 135 in Rastede-Neusüdende  
Vorlage: BV/239/2017**

KAR Meiners trägt den Sachverhalt vor.

LR Bensberg weist darauf hin, dass bei den Planungen aufgepasst werden müsse, dass eine evtl. Ausbaumaßnahme am Borbecker Weg nicht mit dem Umbau des Bahnüberganges kollidiere.

Auf Nachfrage von KA Roese nach der Kostenkalkulation teilt KAR Meiners mit, dass die Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr unter der Voraussetzung, dass sich keine wesentlichen Änderungen mehr ergeben werden, die Kosten auskömmlich geschätzt habe.

Dem Kreistag wird einstimmig vorgeschlagen:

In der Finanzplanung werden für das Haushaltsjahr 2019 zunächst Haushaltsmittel in Höhe von 250.000 € für die Straßenbaumaßnahme am Bahnübergang der Neusüdender Straße (K 135) eingeplant.

**Zu TOP 9    Neubau und Ersatzbau von Radwegen an Kreisstraßen  
Vorlage: BV/240/2017**

KAR Meiners trägt ausführlich den Sachverhalt vor.

Anhand zweier Karten (Anlagen 1 und 2) erläutert sie die Planung des Radwegebauinnerhalb der Ortsdurchfahrt Torsholt. Für den Ersatzbau an der K 347 sei aufgrund der eingetretenen Verzögerungen allerdings kaum noch damit zu rechnen, dass die Planungen bis zum Ende der Antragsfrist für Fördermittel am 30.09.2017 abgeschlossen werden können.

KA Hots dankt der Kreisverwaltung für die gute Ausarbeitung und Vorbereitung der Maßnahme.

KAR Meiners geht im Weiteren auf den Ersatzbau eines Radweges an der K 347 und an der K 114 ein und trägt den Sachverhalt vor.

KA Bruns führt aus, dass dem Neubau des Radweges an der K 349 von Torsholt nach Wilbrok seitens der FDP-Fraktion ausdrücklich zugestimmt werde. Zum Neubau des Radweges innerhalb der Ortsdurchfahrt Torsholt sei zu erkennen, dass die Maßnahme bei der Torsholter Bevölkerung auf Zustimmung stoße und Grundstücksflächen von den Anwohnern zur Verfügung gestellt würden. Zum Ersatzbau eines Radweges an der K 114 von Ihausen nach Hollriede fragt er nach, ob es einen ungefähren Zeitplan für die Umsetzung gebe.

EKR Kappelmann erläutert, dass allein die Planung eines Ersatzbau des Radweges nicht ausreichen werde. Zu berücksichtigen seien dort die schmale Fahrbahn, die gesamte Entwässerung der beidseitig der Fahrbahn liegenden Entwässerungsgräben und zusätzlich müsse für den Radweg eine geeignete Trasse gefunden werden. Aus all diesen Gründen und den daraus resultierenden Abstimmungsgesprächen könne derzeit keine Prognose bzgl. einer Planung bzw. Umsetzung gegeben werden. Des Weiteren werde die gesamte Maßnahme hohe Kosten mit sich bringen. Er bittet darum, der Verwaltung ausreichend Zeit zu geben, damit alle Alternativen betrachtet werden können und es zu einer vernünftigen und langfristigen Lösung komme.

KA Hots stimmt den Ausführungen von KA Bruns zu. Ein Ersatzbau an der Augustfehner Straße von Ihausen nach Hollriede werde seitens der CDU-Fraktion begrüßt. Die Erstellung eines Gesamtkonzeptes halte er für richtig und es sei verständlich, dass dafür Zeit benötigt werde.



KA Kramer ist ebenfalls der Meinung, dass die Planung für einen Ersatzbau des Radweges an der K 114 von Ihausen nach Hollriede mehr Zeit benötige und genau durchdacht werden müsse. Überraschend sei, dass es beim Neubau von Radwegen immer wieder zu Verzögerungen komme. Es sei positiv, dass die Maßnahme bald in die Umsetzung gehe. Die SPD-Fraktion werde allen Maßnahmen zustimmen.

Dem Kreistag wird einstimmig vorgeschlagen:

**1. Neubau eines Radweges an der K 349 (Torsholter Hauptstraße von Willbrok nach Torsholt)**

Für den Neubau des Radweges von Willbrok nach Torsholt werden Haushaltsmittel in Höhe von insgesamt 1.220.000,00 € sowie ein erster Teilbetrag auf die Förderung nach dem Entflechtungsgesetz in Höhe von 392.000,00 € in den Haushaltsplan 2018 eingestellt.

**2. Neubau eines Radweges innerhalb der Ortsdurchfahrt Torsholt (K 349)**

Der Neubau eines Radweges an der K 349 innerhalb der Ortsdurchfahrt Torsholt wird vorbehaltlich der Herstellung der Baureife bis zum 30.09.2017 für das Jahresbauprogramm 2018 angemeldet. Für diese Baumaßnahme werden Haushaltsmittel in Höhe von insgesamt 550.000,00 € sowie ein erster Teilbetrag auf die Förderung nach dem Entflechtungsgesetz in Höhe von 180.000,00 € in den Haushaltsplan 2018 eingestellt.

**3. Ersatzbau eines Radweges an der K 347 (BAB-Abfahrt Westerstede-West bis Hollwege)**

Der Ersatzbau eines Radweges an der K 347 (BAB-Abfahrt Westerstede-West bis Hollwege) wird vorbehaltlich der Herstellung der Baureife bis zum 30.09.2017 für das Jahresbauprogramm 2018 angemeldet. Für diese Baumaßnahme werden Haushaltsmittel in Höhe von 267.500,00 € sowie ein erster Teilbetrag auf die Förderung nach dem Entflechtungsgesetz in Höhe von 86.000,00 € in den Haushaltsplan 2018 eingestellt.

**4. Ersatzbau eines Radweges an der K 114 (Ihausen – Hollriede)**

Die zusätzlichen Planungskosten in Höhe von 50.000,00 € werden in den Haushaltsplan 2018 eingestellt.

**Zu TOP 10 Radschnellwege; Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 16.03.2017  
Vorlage: MV/117/2017**

EKR Kappelmann trägt ausführlich den Sachverhalt vor. Er führt abschließend aus, dass aus Sicht der Kreisverwaltung kein aktueller Handlungsbedarf zum Bau von Radschnellwegen bestehe.

KA Hohnholz begründet den Antrag der CDU-Fraktion. In erster Linie habe man Informationen erhalten wollen. Es sei von der Kreisverwaltung realistisch dargestellt worden, dass aus verschiedenen Gründen zurzeit kein Handlungsbedarf gesehen

werde. Er zieht in Erwägung, dass stillgelegte Straßen evtl. für den Bau von Radschnellwegen genutzt werden könnten.

KA Kramer führt aus, dass Radschnellwege eher aus großen Städten in z. B. Nordrhein-Westfalen bekannt seien. Die von der Kreisverwaltung dargelegten Informationen seien sehr aufschlussreich und man könne die Situation besser einordnen. Der Bau von Radschnellwegen müsse aber für die Zukunft im Auge behalten werden.

LR Bensberg bittet die Mitglieder des Straßenbauausschusses, sich Radschnellwege von 4,00 m Breite vorzustellen und in einen Vergleich mit Straßen wie z. B. im Ipwegermoor mit 4,50 m Breite zu stellen. Für den Bau von 4,00 m breiten Radwegen müsse viel Fläche zur Verfügung gestellt werden und dies lasse sich im Landkreis Ammerland schlecht umsetzen. Er weist darauf hin, dass bestehende Radschnellwege u. a. aufgrund von vorhandenen ehemaligen Straßen eingerichtet werden könnten.

KA Bruns hält den Antrag der CDU-Fraktion für sinnvoll. Daraus resultierend habe man wertvolle Informationen erhalten. Dass ein Ausbau von Radschnellwegen für das Ammerland zurzeit nicht in Frage komme, sei seiner Meinung nach erfreulich. Bei dem Bau von Radschnellwegen müsse der Flächenverbrauch bedacht werden. Die Sanierung bzw. Ersatzbauten von Radwegen für gewöhnliche Fahrradfahrer müsse weiterhin absolute Priorität haben.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

#### **Zu TOP 11 Planung und Umsetzung von Maßnahmen an Kreisstraßen Vorlage: BV/241/2017**

EKR Kappelmann trägt den Sachverhalt umfassend vor. Er geht auf Lösungsmöglichkeiten und dabei insbesondere auf das Beispiel des Landkreises Diepholz ein.

Auf Nachfrage von Vors. Lamers, ob der Beschluss um die Einstellung eines zusätzlichen Mitarbeiters erweitert werden müsse, antwortet LR Bensberg, dass im Fachausschuss nicht der Stellenplan beschlossen werde, sondern dies im Haushalts- und Personalausschuss erfolge.

In der sich anschließenden kurzen Aussprache unter Beteiligung von KA Kramer, KA Imkeit, KA Bruns und KA Hots wird deutlich, dass die Mitglieder des Straßenbauausschusses dem Beschlussvorschlag zustimmen und die Einstellung eines Straßenbauingenieurs ausdrücklich begrüßt wird.

Dem Kreistag wird einstimmig vorgeschlagen:

Die mit der Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr bestehende vertragliche Regelung zur technischen Verwaltung der Kreisstraßen wird fortgesetzt. Von der Kündigungsmöglichkeit zum 31.12.2017 mit Wirkung vom 31.12.2019 wird kein Gebrauch gemacht. Der Vertrag verlängert sich dadurch bis zum 31.12.2022.

**Zu TOP 12 Umgestaltung Kreisverkehrsplatz Gristede  
Vorlage: BV/242/2017**

KAR Meiners trägt ausführlich den Sachverhalt vor und bezieht sich auf die Vorlage.

KA Hots führt aus, dass es in der CDU-Fraktion unterschiedliche Auffassungen hinsichtlich der Pflasterung der Fahrbahnteiler gebe. Er schlägt vor zu prüfen, ob es Pflanzen gebe, die den Salzeintrag verkraften können. Er persönlich halte eine Pflasterung der Flächen für sinnvoll.

KA Hots geht kurz auf den Kreisverkehr in Neusüdende ein und beantragt, eine Neugestaltung mit in den Beschluss aufzunehmen.

KA Bruns ist der Ansicht, dass es eines großen Pflegeaufwandes bedürfe, Mittelinseln und Fahrbahnteiler in einem sauberen Zustand zu halten. Der Gristeder Kreisverkehrsplatz sei bisher in einem guten Zustand gewesen, weil er von einem ortsansässigen Verein ehrenamtlich gepflegt worden sei. Die Verkehrssituation lasse aber einen privaten Pflegeaufwand nicht mehr zu. Er ist der Meinung, dass ein gepflasterter Fahrbahnteiler besser sei als ein ungepflegter Grünstreifen.

KA Kramer trägt vor, dass Nebenanlagen in Rastede mit Kieselsteinen ausgelegt und mit Gräsern bepflanzt worden sei. Die Gräser seien robust und nach wie vor in einem guten Zustand und könnten eine Alternative für eine Pflasterung bedeuten.

EKR Kappelmann erläutert, dass die Pflasterung der Fahrbahnteiler erst in 2018 geplant sei. Insofern könne über Alternativen nachgedacht werden. Man werde die von KA Kramer vorgetragene Alternative im Rastede aufgreifen und prüfen, ob diese Möglichkeit in Gristede zum Tragen kommen könne. Eine abschließende Entscheidung könne in der Februar-Sitzung vorgenommen werden. Er bittet darum, den Beschluss heute gleichwohl positiv zu fassen, um die notwendigen Haushaltsmittel einplanen zu können.

Vors. Lamers fasst zusammen, dass neben dem Kreisverkehrsplatz in Gristede auch der Kreisverkehrsplatz in Neusüdende mit Kosten in Höhe von 20.000,00 € neu hergerichtet werden solle.

Dem Kreistag wird über den Kreisausschuss einstimmig vorgeschlagen:

Für die Bepflanzung der Mittelinsel des Kreisverkehrplatzes Gristede werden außerplanmäßig Haushaltsmittel in Höhe von 5.500,00 € zur Verfügung gestellt. Der Ausgleich erfolgt über Mehrerträge bei den Finanzausgleichsleistungen

Dem Kreisausschuss wird zur abschließenden Entscheidung einstimmig vorgeschlagen:

Für die Neugestaltung der Fahrbahnteiler des Kreisverkehrplatzes Gristede werden im Haushaltsjahr 2018 insgesamt 20.000,00 € veranschlagt.

Zusätzlich werden für die Neugestaltung der Fahrbahnteilers des Kreisverkehrplatzes in Neusüdende im Haushaltsjahr 2018 insgesamt 20.000,00 € veranschlagt.

**Zu TOP 13 Sonderprogramm Straßenmarkierungen**  
**Vorlage: BV/243/2017**

KAR Meiners trägt den Sachverhalt vor. Anhand von Fotos der Straßenmeisterei werden Beispiele gezeigt.

KA Bekaam fragt nach, ob die neue Markierung als Agglomeratmarkierung hergestellt werde, die beim Überfahren Geräusche verursache.

Herr Schmidt antwortet, dass für das Sonderprogramm der Straßenmarkierung eine herkömmliche Markierung aufgetragen werde, die eine deutlich höhere Standfestigkeit habe. Für die Benutzung von Agglomeratmarkierungen seien die vorgeschlagenen Straßen zu schmal und würden für die Anwohner zu einer zu starken Lärmbelästigung führen. Für die Verwendung von Agglomeratmarkierungen müsse eine Straße mindestens 6,50 m breit sein. Außerdem seien die Kosten deutlich höher.

Dem Kreistag wird einstimmig vorgeschlagen:

Für das Sonderprogramm Straßenmarkierungen werden außerplanmäßig Haushaltsmittel in Höhe von 50.000,00 € zur Verfügung gestellt. Der Ausgleich erfolgt über Mehrerträge bei den Finanzausgleichsleistungen.

**Zu TOP 14 Verschleißdecken- und Moorstraßenerneuerungsprogramm 2018**  
**Vorlage: BV/244/2017**

EKR Kappelman trägt ausführlich den Sachverhalt vor.

Dem Kreistag wird einstimmig vorgeschlagen:

Für das Verschleißdeckenerneuerungsprogramm werden im Haushaltsjahr 2018 insgesamt 1.800.000 Euro veranschlagt. Davon entfallen 250.000 Euro auf das sogenannte Moorstrecken- und Flickstellenerneuerungsprogramm.

**1.**

Für das Haushaltsjahr 2018 werden die folgenden Maßnahmen bereits zur Durchführung und Finanzierung beschlossen:

- a) Erneuerung der Fahrbahn der K 135, Braker Chaussee (Neusüdende – Himmel Anrampung zur B 211) von km 10,200 – km 10,600  
Kostenanschlag: 250.000 Euro
- b) Erneuerung der Fahrbahn der K 123, Willbroksmoor (Deepenfurth – Langebrügge) von km 0,000 – km 1,600  
Kostenanschlag: 350.000 Euro  
Die Festlegung der weiteren Einzelmaßnahmen erfolgt im Frühjahr 2018.

**2.**

Der Ansatz für das Moorstrecken- und Flickstellenerneuerungsprogramm wird ab dem Haushaltsjahr 2018 um 50.000 € auf insgesamt 250.000 € erhöht.

**Zu TOP 15 Radwegeerneuerungsprogramm 2018**  
**Vorlage: BV/245/2017**

KAR Meiners trägt den Sachverhalt vor.

KA Hots führt aus, dass ausdrücklich begrüßt werden könne, dass der Landkreis Ammerland aufgrund der positiven Haushaltslage in der Lage sei, für Sanierungsmaßnahmen und für die Verbesserung der Infrastruktur mehr Geld zu investieren.

Dem Kreistag wird einstimmig vorgeschlagen:

a)

Für das Radwegeerneuerungsprogramm werden im Haushaltsjahr 2018 insgesamt 350.000 Euro veranschlagt. Davon entfallen 50.000 Euro auf das sogenannte Flickstellenerneuerungsprogramm.

Für das Haushaltsjahr 2018 wird die folgende Maßnahme zur Durchführung und Finanzierung beschlossen:

Erneuerung des Radweges an der K 143, Butjadinger Straße (Wahnbek-Ipwege) von km 5,500 bis km 6,090.

Kostenanschlag: 110.000 Euro

Die Festlegung der weiteren Einzelmaßnahmen erfolgt im Frühjahr 2018.

**Zu TOP 16 Brückensanierungsprogramm 2018**  
**Vorlage: BV/249/2017**

Vors. Lamers verweist auf die ausführliche Vorlage.

KA Bruns ist der Meinung, dass auch für das Brückensanierungsprogramm zukünftig über eine Erhöhung der Haushaltsmittel nachgedacht werden müsse.

EKR Kappelmann erinnert daran, dass die bereitgestellten Mittel für Brückensanierungen bereits im letzten Jahr angepasst worden seien und dementsprechend mehr Mittel zur Verfügung gestellt würden, als in den vergangenen Jahren. Man wolle sich aufgrund der Kapazitäten für Brückenbaumaßnahmen bei der Landesbehörde vorbehalten, bei zwei Maßnahmen pro Jahr zu bleiben und jeweils anhand der dafür erforderlichen Mittel Vorschläge zu unterbreiten.

Dem Kreistag wird einstimmig vorgeschlagen:

Für das Brückenerneuerungsprogramm werden im Haushalt 2018 insgesamt 100.000,00 € veranschlagt.

Folgende Maßnahmen sind durchzuführen:

1.

K 131 Hahn-Lehmden – Jaderkreuzmoor, km 5,405  
Fahrbahnbrücke über den Wasserlauf „Hahner Bäke“

Kostenansatz: 60.000 €

**2.**

K 116 Westerstede – Felde, km 0,165

Radwegbrücke über den Wasserlauf Zufluss „Kleine Norderbäke“

Kostenansatz: 40.000 €

Aufgrund des Schadensbildes an den Brückenbauwerken und allgemeiner Preissteigerungen ist der Ansatz für das Brückenerneuerungsprogramm 2018 auf 100.000 € zu erhöhen.

**Zu TOP 17    Unterhaltung und Instandsetzung von Kreisstraßen 2018  
Vorlage: BV/246/2017**

KAR Meiners trägt den Sachverhalt vor und verweist auf die Vorlage.

Dem Kreistag wird einstimmig vorgeschlagen:

Der Ansatz für die Unterhaltung und Instandsetzung von Kreisstraßen wird vom Haushaltsjahr 2018 an um 55.000,00 € auf insgesamt 660.000,00 € erhöht.

**Zu TOP 18    Tempo 30 vor Kindergärten, Schulen ...  
Vorlage: MV/118/2017**

EKR Kappelmann erläutert ausführlich den Sachverhalt. Er verweist auf die als Anlage beigefügte Liste und führt aus, dass an verschiedenen Stellen Tempo 30 mit einer zeitlichen Befristung in Abstimmung mit den Gemeinden angeordnet werden sollte.

KA Kramer erinnert daran, dass die SPD-Fraktion bereits vor einigen Jahren einen Antrag auf Tempo 30 vor Kindergarten etc. gestellt habe, aber keine Umsetzung erfolgt sei. Durch die Neuregelung der Straßenverkehrsordnung seien die allgemeinen Verwaltungsvorschriften angepasst worden und somit könne nun entsprechend gehandelt werden.

Er geht auf Kindergärten, Schulen etc. in Rastede ein, die nicht für eine Reduzierung der Geschwindigkeit vorgeschlagen seien. Ihm sei nicht klar, wie der Begriff „direkter Zugang“, der für eine Geschwindigkeitsreduzierung maßgebend sei, zu verstehen sei und bittet um Erläuterung.

EKR Kappelmann erklärt, dass bei einem direkten Zugang ausschlaggebend sei, wie die Kinder oder Nutzer in die Einrichtungen gelangen würden. Bei zahlreichen Kindertagesstätten seien insbesondere die Parkplätze und Zugänge in das Gebäude von der Kreisstraße abgetrennt und würden sich hinter oder neben den Gebäuden befinden. Dabei handele es sich dann nicht mehr um einen direkten Zugang im Sinne

der Verordnung und eine Geschwindigkeitsbegrenzung sei nicht notwendig. Er sagt zu, dass die von KA Kramer angesprochenen Einrichtungen überprüft würden.

KA Roese führt aus, dass in der Liste Kindergärten aufgeführt seien, die direkt an Straßen liegen würden, auf denen Tempo 100 gefahren werden dürfe. Es wäre wünschenswert, dass im Bereich solcher Kindertagesstätten an Kreisstraßen das Tempo auf 50 km/h reduziert würde. Er bittet um Überprüfung.

KA Schmidt bittet darum, bei einer weiteren Überprüfung auch den Ortseingang Apen aus Richtung Westerstede kommend zu berücksichtigen. In dem Bereich seien zwar keine Schule oder andere Einrichtungen, aber seiner Meinung nach gehöre auch die Schulwegsicherung in die Betrachtung. Er erläutert, dass am Ortsausgang in Richtung Westerstede eine Überquerung der Fahrbahn nötig sei, weil in dem Bereich die beidseitig liegenden Fahrradwege enden würden und in einen rechts der Straße liegenden Radweg übergehen würden. Eine Geschwindigkeitsbegrenzung in diesem Bereich würde den Schulweg für Schülerinnen und Schüler sowie für alle anderen Radfahrer sicherer machen. Er bittet um Überprüfung des Streckenabschnittes.

KA Nee führt aus, dass alle Grundschüler dahingehend sensibilisiert werden müssen, dass der Schulweg gefährlich sei bzw. sein könne. Wichtig sei, dass die Kinder schon in der ersten Klasse lernen müssen, wie man sicher nach Hause bzw. zur Schule kommen könne. Seitens der Polizei werde angestrebt, dass die Schülerinnen und Schüler den Schulweg zu Fuß zurücklegen. In Apen gebe es auch das Modell der „gelben Füße“ auf den Gehwegen, die den sicheren Schulweg aufzeigen würden. Die Kinder seien sich der Gefahren bewusst und man müsse ihnen Vertrauen schenken und ihnen nicht alle Gefahren aus dem Weg räumen.

#### **Zu TOP 19 Haushaltsplanung; Darstellung der wesentlichen Produkte Vorlage: MV/129/2017**

EKR Kappelmann teilt mit, dass für den Straßenbauausschuss die wesentlichen Produkte „Kommunale Verkehrsüberwachung“ und „Verkehrsflächen/-anlagen“ zum Tragen kämen. Er weist aufgrund eines Presseberichtes bzgl. der kommunalen Verkehrsüberwachung darauf hin, dass die Zahlen der festgestellten Verstöße in den letzten Jahren geringer geworden seien und daraus folgernd die Erträge durch die kommunale Verkehrsüberwachung leicht rückläufig seien. Die Planergebnisse 2017 und 2018 seien aufgrund der kaufmännischen Vorsicht negativ kalkuliert worden. Die Aufwendungen würden aber in tatsächlicher Höhe geplant. Nach dem 1. Halbjahr 2017 deute sich für das Jahr 2017 an, dass mit einem ausgeglichenen Ergebnis zu rechnen sei.

EKR Kappelmann weist unter Bezugnahme auf den Pressebericht darauf hin, dass auch die Polizei in der Verkehrsüberwachung tätig sei und den fließenden Verkehr überprüfe. Bußgelder, die nicht vom Verursacher bestritten würden, würden dem Haushalt des Landkreises zugeführt werden. Nur wen ein Verfahren vor dem Amtsgericht verhandelt werden müsse, würden die Mittel der Staatskasse zugeführt werden.

**Zu TOP 20 Haushaltsplanung 2018 einschl. Investitionsprogramm 2018 - 2021**  
**Vorlage: BV/248/2017**

EKR Kappelmann erläutert kurz den Sachverhalt.

Es wird einstimmig beschlossen:

Dem Kreistag wird über den Haushalts- und Personalausschuss und dem Kreisausschuss vorgeschlagen, den Haushalt 2018 für den Teilhaushalt des Straßenverkehrsamtes sowie das Straßenbauinvestitionsprogramm für die Jahre 2018 bis 2021 in der vorgelegten Form zu beschließen.

**Zu TOP 21 Mitteilungen des Landrates**

Keine Mitteilungen

**Zu TOP 22 Anfragen und Hinweise**

- a) KA Bekaam weist darauf hin, dass der Radweg an der L 825 an der Straße von Bad Zwischenahn über Aschhausen nach Gristede in dem Abschnitt der Windmühlenstraße bis zur Dreiberger Straße in einem sehr schlechten Zustand sei.
- b) KA Bekaam weist darauf hin, dass der Radweg an der K 137 im Abschnitt Heidkamperweg in Richtung Bad Zwischenahn bis zur ehemaligen Gastwirtschaft im Ortsteil Wehnen ebenfalls in einem sehr schlechten Zustand sei. Es stelle sich die Frage, ob dieser Radweg aufgelöst werden könne.

Herr Schmidt führt aus, dass die L 825 sowie der Radweg an der L 825 noch in diesem Jahr saniert würden.

EKR Kappelmann führt zum Radweg an der K 137 aus, dass es sich um einen kurzen Teilabschnitt vom Heidkamperweg bis zur ehemaligen Gaststätte handeln würde. Aufgrund der dort bestehenden Querungssituation müsse in dem Streckenabschnitt eine Überprüfung erfolgen.

Herr Schmidt führt ergänzend aus, dass für den Radweg in dem genannten Bereich keine Radwegebenutzungspflicht angeordnet sei.

- c) KA Bruns fragt nach, ob es einzuhaltende Fristen gebe, wenn ein Antrag auf Geschwindigkeitsreduzierung durch einen Ortsbürgerverein gestellt worden sei und diese nochmals beantragt werden solle.

EKR Kappelmann erläutert, dass ein erneuter Antrag nur Sinn mache, wenn ein veränderter Sachverhalt eingetreten sei. Wenn sich in den grundlegenden Verkehrsverhältnissen keinerlei Veränderungen ergeben hätten, könne sich keine andere Entscheidung als in dem Vorantrag ergeben. Grundsätzlich seien aber keine Fristen einzuhalten.



- d) KA Hots führt aus, dass in der kommenden Woche der Ortsbürgerverein Linswege/Burgforde/Petersfeld tagen würde und über den Zustand der Ortsdurchfahrt Linswege beraten werde. Die Anwohner in Linswege würden den stark zugenommenen Verkehr und die schlechten Straßenverhältnisse beklagen. Durch die schlechte Straße würde vom durchgehenden Verkehr, insbesondere von LKW und landwirtschaftlichen Fahrzeugen, eine hohe Lärmbelästigung verursacht. Des Weiteren sei der Radweg durch Wurzelaufbrüche in einem sehr schlechten Zustand.

Herr Schmidt führt aus, dass der Zustand der L 820 sowie des daran befindlichen Radweges bekannt sei. Die Sanierungsnotwendigkeit sei der Landesbehörde in Oldenburg gemeldet worden und stehe dort in oberster Priorität. Eine Umsetzung sei in diesem Jahr nicht möglich gewesen. Es bleibe zu hoffen, dass eine Sanierung der Fahrbahn und des Radweges in 2018 erfolgen könne und Finanzmittel zur Verfügung gestellt würden.

Herr Delfs führt aus, dass im Haushalt für Landesstraßen ebenso viel Geld zur Verfügung stehen würde, wie in den vergangenen Jahren. Gleichwohl sei der Bedarf gestiegen. Das Landesstraßennetz sei nicht überall in einem guten Zustand. In diesem Jahr habe man vermehrt mit Hochwasserschäden zu tun und habe dafür einen Mehrbedarf an Finanzmitteln.

Herr Kuhlmann führt ergänzend aus, dass das Problem Linswege bekannt sei, aber verschiedene Maßnahmen im Vordergrund gestanden hätten und dadurch keine Mittel für die Sanierung der Fahrbahn und des Radweges im Ortsteil Linswege zur Verfügung gestanden hätten.

#### **Zu TOP 23 Einwohnerfragestunde**

Herr Harms, Vors. des OBV Torsholt, weist darauf hin, dass die K 349 Torsholter Hauptstraße in einem sehr schlechten Zustand sei. Eine Sanierung im Jahre 2021/2022 halte er für eine zu lange Zeitspanne, die nicht zumutbar sei.

EKR Kappelmann geht auf den Hinweis zum Zustand zur Torsholter Hauptstraße ein. Er gehe davon aus, dass die Strecke während der Bereisung im Februar 2018 in Augenschein genommen werde.

#### **Zu TOP 24 Schließung der öffentlichen Sitzung**

Vors. Lamers schließt die öffentliche Sitzung.